

Beglaubigte Abschrift (Telekopie gemäß § 169 Abs. 3 ZPO)



Landgericht Düsseldorf



OBERLANDESGERICHT DÜSSELDORF
BESCHLUSS

In dem einstweiligen Verfügungsverfahren

des Herrn Yannic Lukas Hendricks,

Verfügungsklägers und Berufungsklägers,

Verfahrensbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Höcker, Friesenplatz 1,
50672 Köln

g e g e n

die BuzzFeed GmbH, gesetzlich vertreten durch die Geschäftsführer Herrn Jonah Peretti und Herrn Mark Frackt, Littenstraße 106/107, 10179 Berlin,

Verfügungsbeklagte und Berufungsbeklagte,

Verfahrensbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Raue, Potsdamer Platz 1,
10785 Berlin

hat der 16. Zivilsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf

durch den Vorsitzenden Richter am Oberlandesgericht

die Richterin am Oberlandesgericht

und die Richterin am Oberlandesgericht

am 26. April 2019

b e s c h l o s s e n:

Der Senat beabsichtigt, die Berufung des Verfügungsklägers gegen das am 16. Januar 2019 verkündete Urteil der 12. Zivilkammer des Landgerichts Düsseldorf

2

(Az.: 12 O 282/18) gemäß § 522 Abs. 2 ZPO durch einstimmigen Beschluss zurückzuweisen.

Der Termin vom 24. Mai 2019 wird aufgehoben.

Der Verfügungskläger erhält Gelegenheit zur Stellungnahme **bis zum 23. Mai 2019.**

Gründe :

I.

Die zulässige Berufung hat in der Sache keinen Erfolg, denn die angefochtene Entscheidung beruht weder auf einer Rechtsverletzung im Sinne von § 546 ZPO, noch rechtfertigen die gemäß § 529 ZPO zugrunde zu legenden Tatsachen eine abweichende Entscheidung, § 513 Abs. 1 ZPO.

Mit Recht hat das Landgericht entschieden, dass sich aus §§ 823, 1004 Abs. 1 Satz 2 BGB analog in Verbindung mit Art. 1 Abs. 2, Art. 2 Abs. 1 GG - als der allein in Betracht kommenden Anspruchsgrundlage - kein Anspruch für das vom Verfügungskläger verfolgte Begehren, nicht mehr namentlich in dem streitgegenständlichen Artikel erwähnt zu werden, ergibt.

Die verfahrensbedingt lediglich summarische Prüfung und Abwägung der betroffenen Rechtsgüter, des durch Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 2 GG, Art. 8 Abs. 1 EMRK geschützten allgemeinen Persönlichkeitsrechts des Verfügungsklägers einerseits mit dem durch Art. 5 Abs. 1 GG, Art. 10 EMRK geschützten Publikationsinteresse der Verfügungsbeklagten andererseits, führt zu dem Ergebnis, dass mit der durch Namensnennung identifizierenden Berichterstattung nicht in rechtswidriger Weise in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Verfügungsklägers eingegriffen wird. Dem Publikationsinteresse der Verfügungsbeklagten gebührt Vorrang.

1.

Das von Art. 1 Abs. 1, Art. 2 Abs. 1 GG sowie Art. 8 Abs. 1 EMRK geschützte allgemeine Persönlichkeitsrecht erfasst als Ausfluss des Selbstbestimmungsrechts auch

das Recht des Einzelnen auf Anonymität und damit den Schutz vor Namensnennung. In der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist daher anerkannt, dass zu dem vom Persönlichkeitsrecht gewährleisteten sogenannten Indiskretionsschutz grundsätzlich auch das Recht des Individuums zählt, in gewählter Anonymität zu bleiben und die eigene Person nicht in identifizierbarer Weise in der Öffentlichkeit dargestellt zu sehen (BGH, Urteil vom 21. November 2006, Az.: VI ZR 259/05, zitiert nach juris Rn. 11; BVerfG, Urteil vom 5. Juni 1973, Az.: 1 BvR 536/72, zitiert nach juris, Rn. 44 ff. - Lebach-Urteil; Beschluss vom 3. Juni 1980, Az.: 1 BvR 185/77, zitiert nach juris Rn. 16; siehe dazu auch Wanckel, in: Götting/Scherz/Seitz, Handbuch des Presserechts, 2. Auflage, § 19 Rn. 6 ff.; Burkhardt, in: Wenzel, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 5. Auflage, Kap. 10 Rn. 50 ff.). Allerdings ist der grundsätzlich bestehende Anonymitäts- und Namensschutz nicht absolut. Der Einzelne hat keine uneingeschränkte Herrschaft über „seine“ Daten, denn er entfaltet seine Persönlichkeit innerhalb der sozialen Gemeinschaft. In dieser stellt sich die Information, auch soweit sie personenbezogen ist, als ein Teil der sozialen Realität dar, der nicht ausschließlich dem Betroffenen allein zugeordnet werden kann. Vielmehr ist über die Spannungslage zwischen Individuum und Gemeinschaft im Sinne der Gemeinschaftsbezogenheit und -gebundenheit der Person zu entscheiden. Deshalb muss der Einzelne grundsätzlich auch Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung hinnehmen, wenn und soweit solche Beschränkungen von hinreichenden Gründen des Gemeinwohls getragen werden und bei einer Gesamtwägung zwischen der Schwere des Eingriffs und dem Gewicht der ihn rechtfertigenden Gründe die Grenze des Zumutbaren noch gewahrt ist (BGH, Urteil vom 13. November 1990, Az.: VI ZR 104/90, zitiert nach juris Rn. 13 mit Hinweis auf BVerfGE 65, 1 (43 ff.); 78, 77 (85 ff.)). Es bedarf daher einer umfassenden Interessenabwägung der kollidierenden Rechtsgüter in Bezug auf den konkreten Einzelfall (BGH, Urteil vom 21. November 2006, Az.: VI ZR 259/05, zitiert nach juris Rn. 11 ff.; Urteil vom 13. November 2012, Az.: VI ZR 330/11, zitiert nach juris, Rn. 8 ff. mit weiteren Nachweisen; BVerfG, Beschluss vom 22. März 2007, Az.: 1 BvR 2007/02, zitiert nach juris Rn. 36 ff.).

2.

Indem der streitgegenständliche Artikel unter voller Namensnennung über den Verfügungskläger berichtet, wird in den Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts eingegriffen. Betroffen ist die Sozialsphäre des

Verfügungsklägers und nicht
- wie die Berufung meint - seine Privatsphäre.

2.1

Die Sozialsphäre betrifft den Bereich, in dem sich die persönliche Entfaltung von vornherein im Kontakt mit der Umwelt vollzieht, so insbesondere das berufliche und politische Wirken des Individuums (vgl. BGH, Urteil vom 20. Dezember 2011, Az.: VI ZR 261/10, zitiert nach juris Rn. 16 mit Hinweis auf BVerfG, NJW 2003, 1109 - 1110; Urteil vom 17. November 2009, Az.: VI ZR 226/08, zitiert nach juris; Urteil vom 24. Juni 2008, Az.: VI ZR 156/06, BGHZ 177, 119 (123); Urteil vom 10. November 1994, Az.: VI ZR 216/92, AfP 1995, 404 - 407; Urteil vom 20. Januar 1981, Az.: VI ZR 162/79, BGHZ 80, 25 (35)). Demgegenüber umfasst die Privatsphäre sowohl in räumlicher als auch in thematischer Hinsicht den Bereich, zu dem andere grundsätzlich nur Zugang haben, soweit er ihnen gestattet wird; dies betrifft Angelegenheiten, die wegen ihres Informationsinhalts typischerweise als "privat" eingestuft werden, etwa weil ihre öffentliche Erörterung als unschicklich gilt, das Bekanntwerden als peinlich empfunden wird oder nachteilige Reaktionen in der Umwelt auslöst (vgl. BVerfGE 101, 361 - 382 - Caroline von Monaco II; BGH, Urteil vom 19. Dezember 1978, Az.: VI ZR 137/77, BGHZ 73, 120 (122); Urteil vom 9. Dezember 2003, Az.: VI ZR 373/02, zitiert nach juris; Wanckel, in: Götting/Schertz/Seitz, Handbuch des Persönlichkeitsrechts, 2. Auflage, § 19 Rn. 5 ff.; Burkhardt, in: Wenzel/Burkhardt, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 5. Auflage, Kap. 5 Rn. 54 ff.). Der Schutz der Privatsphäre vor öffentlicher Kenntnisnahme kann dort entfallen oder zumindest im Rahmen der Abwägung zurücktreten, wo sich der Betroffene selbst damit einverstanden gezeigt hat, dass bestimmte, gewöhnlich als privat geltende Angelegenheiten öffentlich gemacht werden; denn niemand kann sich auf ein Recht zur Privatheit hinsichtlich solcher Tatsachen berufen, die er selbst der Öffentlichkeit preisgegeben hat (vgl. BVerfGE 101, 361, 385 - Caroline von Monaco II; BGH, Urteil vom 9. Dezember 2003, Az.: VI ZR 373/02, zitiert nach juris; Urteil vom 19. Oktober 2004, Az.: VI ZR 292/03, VersR 2005, 84 - 85; Urteil vom 5. Dezember 2006, Az.: VI ZR 45/05, zitiert nach juris; Urteil vom 20. Dezember 2011, Az.: VI ZR 261/10, zitiert nach juris).

2.2.

Nach diesen Grundsätzen unterfällt die beanstandete Berichterstattung, insbesondere ihre zentrale Aussage in Form der Namensnennung des

5

Verfügungsklägers, der Sozialsphäre. Tritt der Einzelne als ein in der Gemeinschaft lebender Bürger in Kommunikation mit anderen, wirkt er durch sein Verhalten auf andere ein und berührt dadurch die persönliche Sphäre von Mitmenschen oder Belange des Gemeinschaftslebens, so hat dieses Tun Sozialbezug und ist nicht rein privater Natur. So liegen die Dinge hier. Der Verfügungskläger hat Strafanzeigen gegen Ärzte erstattet, die - nach seiner Ansicht - entgegen dem Verbot aus § 219a StGB die Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen beworben haben. Damit ist der jenseits des Privaten liegende Bereich des Verfügungsklägers betroffen; er ist nach außen so in Erscheinung getreten, dass er im Grundsatz von jedem, jedenfalls aber auch von Menschen wahrgenommen werden kann, zu denen er keine rein persönlichen Beziehungen unterhält. Ohne Erfolg macht der Verfügungskläger geltend, er sei in diesem Zusammenhang nicht unter Preisgabe seines Namens öffentlich hervorgetreten. Dass der Verfügungskläger auf die Nennung eines Pseudonyms bestanden hat, ändert nichts daran, dass sein Tun der Sozialsphäre zuzuordnen ist. Entscheidend ist, dass sich sein Wirken im öffentlichen Raum vollzogen hat. Auch wenn die Strafanzeigen nur einer begrenzten Öffentlichkeit zugänglich waren, so trifft es nicht zu, wenn der Verfügungskläger meint, nur im Verborgenen gewirkt zu haben. Tatsächlich bewirkt er durch sein Tun, dass die von ihm angezeigten Ärzte gegen ihren Willen ins Licht der Öffentlichkeit gezogen werden; mit seinen Strafanzeigen sorgt er dafür, dass sich Ärzte in Strafverfahren verantworten müssen, die spätestens mit der Hauptverhandlung allgemein bekannt werden. In besonderer Weise ist zudem zu berücksichtigen, dass der Verfügungskläger sowohl dem Sender Deutschlandfunk Kultur als auch der Tageszeitung „taz“ ein ausführliches Interview gegeben hat, in denen er zum Werbeverbot des § 219a StGB Stellung genommen hat. Soweit die Berufung meint, das Landgericht begründe seine Entscheidung mit einer Selbstöffnung des Verfügungsklägers, die zu einem Verlust des Schutzes seiner Privatsphäre geführt habe, teilt der Senat die Einschätzung der Verfügungsbeklagten, dass der Verfügungskläger das angefochtene Urteil missversteht. Mit Recht hat die Kammer das Tun des Verfügungsklägers bereits grundsätzlich nicht für privat gehalten. Sie hat zutreffend gewürdigt, dass das Werbeverbot des § 219a StGB - vor allem wegen der auf die Strafanzeige des Verfügungsklägers zurückgehenden Verurteilung der Ärztin Kristina Hänel - Gegenstand einer breiten, kontrovers geführten Debatte in Politik und Gesellschaft ist. Für die Zuordnung zur Sozialsphäre ist entscheidend, dass sich der Verfügungskläger ganz bewusst an dieser Debatte beteiligt hat. Angesichts dessen musste sich der Verfügungskläger wegen der Wirkungen, die sein

Tun für andere hat, von vornherein auf die kritische Beobachtung seines Verhaltens durch eine breitere Öffentlichkeit einstellen. Ein besonderer Privatsphärenschutz des Verfügungsklägers vor Veröffentlichung allein aufgrund der von ihm selbst gewählten Anonymität ist daher abzulehnen.

2.3.

Soweit die Berufung ausführt, es sei auch der Schutzbereich des Art. 4 GG eröffnet, bleibt dies erfolglos. Der Verfügungskläger kann sich nicht auf sein Recht auf Glaubens- und Gewissensfreiheit aus Art. 4 Abs. 1 GG mit der Begründung berufen, er habe aus seiner ethischen Überzeugung heraus zum Schutz werdenden Lebens gehandelt. Das Grundrecht der Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet, dass sich die maßgeblichen Wertauffassungen frei von staatlicher Beeinflussung in einem freien geistigen Prozess bilden können. Weder Art. 4 Abs. 1 GG noch Art. 4 Abs. 2 GG gewähren jedoch dem einzelnen Bürger ein Recht darauf, dass seine Überzeugung zum Maßstab der Gültigkeit genereller Rechtsnormen und ihrer Anwendung gemacht wird (BGH, Urteil vom 7. Dezember 2004, Az.: VI ZR 308/03, zitiert nach juris Rn. 19 mit Hinweis auf BVerfGE 67, 26, 37; Herzog, in: Maunz-Dürig, GG, Art. 4 Rn. 111 ff.).

3.

Der Eingriff in Sozialsphäre des Verfügungsklägers durch die beanstandete Berichterstattung ist nicht rechtswidrig.

3.1.

Wegen der Eigenart des Persönlichkeitsrechts als eines Rahmenrechts liegt seine Reichweite nicht absolut fest, sondern muss erst durch eine Abwägung der widerstreitenden grundrechtlich geschützten Belange bestimmt werden, bei der die besonderen Umstände des Einzelfalls sowie die betroffenen Grundrechte und Gewährleistungen der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) interpretationsleitend zu berücksichtigen sind. Der Eingriff in das Persönlichkeitsrecht ist nur dann rechtswidrig, wenn das Schutzinteresse des Betroffenen die schutzwürdigen Belange der anderen Seite überwiegt (ständige Rechtsprechung, vgl. BGH, Urteil vom 2. Mai 2017, Az.: VI ZR 262/16; Urteil vom 29. November 2016, Az.: VI ZR 382/15, Urteil vom 15. September 2015, Az.: VI ZR 175/14, Urteil vom 16. Dezember 2014, Az.: VI ZR 39/14; Urteil vom 13. November 2012, Az.: VI ZR 330/11 - jeweils zitiert nach juris).

Hier kollidiert das Interesse des Verfügungsklägers an der Unterlassung der sein Persönlichkeitsrecht berührenden identifizierenden Berichterstattung mit dem Interesse der Verfügungsbeklagten an der Gestaltung ihres Internetauftritts und an einer Berichterstattung. Im Streitfall sind daher das durch Art. 2 Abs. 1, Art. 1 Abs. 1 und Art. 8 Abs. 1 EMRK gewährleistete Interesse des Verfügungsklägers am Schutz seiner Privatsphäre, seiner persönlichen Daten und seiner sozialen Anerkennung mit dem in Art. 5 Abs. 1 GG und Art. 10 EMRK verankerten Recht der Verfügungsbeklagten auf Meinungs- und Medienfreiheit abzuwägen. Diese Abwägung ergibt, dass die geschützten Interessen der Verfügungsbeklagten diejenigen des Verfügungsklägers überwiegen.

3.2.

In der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts sind verschiedene Kriterien entwickelt worden, die Leitlinien für den konkreten Abwägungsvorgang vorgeben (vgl. BVerfG, Beschluss vom 10. Juni 2009, Az.: 1 BvR 1107/09, zitiert nach juris Rn. 17 ff.; Beschluss vom 25. Juni 2009, Az.: 1 BvR 134/03, zitiert nach juris Rn. 61 f.; Beschluss vom 9. März 2010, Az.: 1 BvR 1891/05, zitiert nach juris Rn. 27 ff.; Beschluss vom 25. Januar 2012, Az.: 1 BvR 2499/09, zitiert nach juris 39 ff.; ferner BGH, Urteil vom 8. Mai 2012, Az.: VI ZR 217/08, zitiert nach juris, Rn. 37; Urteil vom 30. Oktober 2012, Az.: VI ZR 4/12, zitiert nach juris, Rn. 12 mit weiteren Nachweisen). Ausgangspunkt der hier vorzunehmenden umfassenden Interessengewichtung und -abwägung ist, dass die Presse zur Erfüllung ihrer Aufgaben grundsätzlich nicht auf eine anonymisierte Berichterstattung verwiesen werden darf (vgl. BVerfG, Beschluss vom 27. November 2008, Az.: 1 BvR 46/08, zitiert nach juris Rn. 12 ff.; Beschluss vom 25. Januar 2012, Az.: 1 BvR 2499/09, zitiert nach juris Rn. 39; BGH, Urteil vom 18. Dezember 2018, Az.: VI ZR 439/17; BGH, Urteil vom 30. Oktober 2012, Az.: VI ZR 4/12, zitiert nach juris Rn. 12). Zu berücksichtigen ist zunächst die abgestufte Schutzwürdigkeit bestimmter Sphären, in denen sich die Persönlichkeit verwirklicht. Für die Berichterstattung, die lediglich die Sozialsphäre betrifft, hat der Bundesgerichtshof klargestellt, dass sich der Einzelne in diesem Bereich von vornherein in erheblichem Umfang der Kritik aussetzt. Zu einer solchen Kritik gehört auch die Namensnennung, da die Öffentlichkeit in diesen Fällen ein legitimes Interesse daran hat, zu erfahren, um wen es geht (vgl. BGH, Urteil vom 21. November 2006, Az.: VI ZR 259/05, zitiert nach juris). Insoweit drückt sich die Sozialbindung des Individuums in Beschränkungen seines Persönlichkeitsrechts aus;

der Persönlichkeitsschutz darf nicht dazu führen, Bereiche des Gemeinschaftslebens von öffentlicher Kritik und Kommunikation deshalb auszusperrern, weil damit beteiligte Personen gegen ihren Willen ins Licht der Öffentlichkeit geraten (vgl. BGH, Urteil vom 22. November 2006, Az.: VI ZR 259/05, zitiert nach juris Rn. 14; Urteil vom 20. januar 1981, Az.: VI ZR 163/79, VersR 1981, 384 - 385). Bei Tatsachenberichten fällt bei der Abwägung vor allem der Wahrheitsgehalt ins Gewicht. Wahre Tatsachenbehauptungen müssen in der Regel hingenommen werden, auch wenn sie nachteilig für den Betroffenen sind, unwahre dagegen nicht (BVerfG, Beschluss vom 7. Dezember 2011, Az.: 1 BvR 2678/10, zitiert nach juris Rn. 33; Beschluss vom 25. Oktober 2012, Az.: 1 BvR 901/11, zitiert nach juris Rn. 19; BGH, Urteil vom 30. Oktober 2012, Az.: VI ZR 4/12, zitiert nach juris Rn. 12). Allerdings kann auch eine wahre Darstellung das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen verletzen, wenn sie einen Persönlichkeitsschaden anzurichten droht, der außer Verhältnis zu dem Interesse an der Verbreitung der Wahrheit steht. Dies kann insbesondere dann der Fall sein, wenn die Aussagen geeignet sind, eine erhebliche Breitenwirkung zu entfalten und eine besondere Stigmatisierung des Betroffenen nach sich zu ziehen, so dass sie zum Anknüpfungspunkt für eine soziale Ausgrenzung und Isolierung zu werden drohen (vgl. BVerfG, Beschluss vom 24. März 1998, Az.: 1 BvR 131/96, zitiert nach juris Rn. 45 ff.; Beschluss vom 10. Juni 2009, Az.: 1 BvR 1107/09, zitiert nach juris Rn. 17; BGH, Urteil vom 9. Februar 2010, Az.: VI ZR 243/08, zitiert nach juris Rn. 16; Urteil vom 30. Oktober 2012, Az.: VI ZR 4/12, zitiert nach juris Rn. 12). Schließlich verlangt der Persönlichkeitsschutz des Einzelnen von der Presse bei identifizierbarer Darstellung oder gar namentlicher Benennung einer Person in einer (geplanten) Berichterstattung mit besonderer Sorgfalt abzuwägen, ob dem Informationsinteresse nicht auch ohne Namensnennung genügt werden kann, weil Berichte unter Namensnennung die persönliche Sphäre des Betroffenen viel stärker und intensiver berühren als anonymisierte Berichte (BGH, Urteil vom 15. April 1980, Az.: VI ZR 76/79, zitiert nach juris Rn. 9 mit zahlreichen weiteren Nachweisen; siehe auch Wanckel, in: Götting/Scherz/Seitz, Handbuch des Persönlichkeitsrecht, 2. Auflage, § 19 Rn. 41; Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 6. Auflage, Kap. 39 Rn. 22 f.). Andererseits ist bei der Abwägung zu berücksichtigen, dass eine personalisierte oder identifizierbare Darstellung in einer Medienäußerung deren Authentizität und Glaubhaftigkeit erhöht, wobei dieses Anliegen für sich nicht schon zu einem Überwiegen des öffentlichen Informationsinteresses gegenüber den Belangen des Persönlichkeitsschutzes führt (BVerfG, Beschluss vom 22. März 2007, Az.: 1 BvR 2007/02, zitiert nach juris Rn. 37). Bei der Abwägung ist schließlich in Ansatz zu

bringen, ob der Betroffene selbst Anlass für die Berichterstattung gegeben hat, ob und inwieweit er zuvor bereits selbst freiwillig private Details der Öffentlichkeit preisgegeben hat sowie der Grad des Informationsinteresses und der Aktualitätsbezug einer Berichterstattung (vgl. hierzu Wanckel, in: Götting/Scherz/Seitz, Handbuch des Persönlichkeitsrechts, 2. Auflage, § 19 Rn. 41 ff.; Ricker/Weberling, Handbuch des Presserechts, 6. Auflage, Kap. 39 Rn. 20 ff.; Burkhardt, in: Wenzel/Burkhardt, Das Recht der Wort- und Bildberichterstattung, 5. Auflage, Kap. 10 Rn. 53 - jeweils mit weiteren Nachweisen). Je weniger eine Person zu einer medialen Darstellung oder Presseberichterstattung selbst Anlass gegeben hat, umso zurückhaltender muss sich die Presse bzw. das Internet mit dieser befassen.

3.3.

In Anwendung dieser Abwägungskriterien auf den vorliegenden Fall hat das Interesse des Verfügungsklägers am Schutz seiner Persönlichkeit hinter dem von der Verfügungsbeklagten verfolgten Informationsinteresse der Öffentlichkeit und ihrem Recht auf freie Meinungsäußerung zurückzutreten.

a. Der Verfügungsbeklagten kann nicht der Vorwurf einer „unwahren“ Berichterstattung gemacht werden. Der streitgegenständliche Artikel enthält ausschließlich wahre Aussagen über die Aktivitäten des Verfügungsklägers gegen Schwangerschaftsabbrüche. Darüber sind sich die Parteien auch einig. Der Verfügungsbeklagten ist auch nicht vorzuwerfen, den Namen des Verfügungsklägers erstmals in der Öffentlichkeit preisgegeben zu haben. Unstreitig hat sie lediglich eine bereits verfügbare Information aufgegriffen. Gegenstand des vorliegenden Rechtsstreits ist ausschließlich die Frage, ob die Verfügungsbeklagte den Verfügungskläger namentlich nennen durfte. Dies ist zu bejahen. Der Verfügungskläger muss es hinnehmen, dass seine öffentlich vorgetragene Position zum Werbeverbot aus § 219a StGB sowie zum Schwangerschaftsabbruch kommentiert und - nachdem sein Name bekannt geworden ist - ihm auch zugeordnet wird. Wer - wie der Verfügungskläger - in einer Frage, die von der breiten Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird, Position bezieht und diese Position zudem mit der Erstattung von Strafanzeigen durchzusetzen versucht, muss damit rechnen, dass er dafür kritisiert wird. Nichts anderes hat die Verfügungsbeklagte vorliegend getan, indem sie mit dem streitgegenständlichen Artikel thematisiert hat, ob der Verfügungskläger unter diesen Umständen für sich das Recht der Anonymität in

Anspruch nehmen kann. Der Verfügungskläger muss dulden, dass das von ihm selbst durch sein Tun erregte Informationsinteresse der Öffentlichkeit in einer nach dem Prinzip der freien Kommunikation lebenden Gemeinschaft auf den dafür üblichen Wegen befriedigt wird. Mit Recht hat die Verfügungsbeklagte darauf hingewiesen, dass es dem Prinzip der Waffengleichheit widerspricht, wenn der Verfügungskläger Ärzte an die Öffentlichkeit zerrt, selbst hingegen aber im Verborgenen agieren darf und keinen Gegenangriff fürchten muss. Der Verfügungskläger ist - wie der Senat dargelegt hat - lediglich in seiner Sozialsphäre betroffen, in welcher er sich gegenüber einer individualisierenden Berichterstattung nur noch mit geringerem Gewicht auf sein allgemeines Persönlichkeitsrecht berufen kann (vgl. BVerfG, Beschluss vom 10. Juni 2009, Az.: 1 BvR 1107/09, zitiert nach juris). Bei der Gewichtung des Informationsinteresses der Verfügungsbeklagten im Verhältnis zu dem kollidierenden Persönlichkeitsschutz des Verfügungsklägers ist auch der Gegenstand der Berichterstattung in Betracht zu ziehen. Danach fällt zu Gunsten der Verfügungsbeklagten ins Gewicht, dass sie - wie das Landgericht zutreffend erkannt hat - mit der Debatte um das Werbeverbot aus § 219a StGB eine die Öffentlichkeit wesentlich berührende Frage aufgegriffen hat und sich deshalb auf ein überragendes öffentliches Informationsinteresse berufen kann. Dies stellt die Berufung auch nicht in Abrede. Entgegen der von der Berufung vertretenen Ansicht kann in diesem Zusammenhang nicht maßgeblich sein, ob die Berichterstattung auch ohne Namensnennung hätte erfolgen können. Hervorzuheben ist, dass es zum Kern der Pressefreiheit gehört, dass die Medien im Grundsatz nach ihren eigenen publizistischen Kriterien entscheiden können, was sie des öffentlichen Interesses für wert halten und was nicht (ständige Rechtsprechung, vgl. BGH, Urteil vom 22. November 2011, Az.: VI ZR 26/11, zitiert nach juris Rn. 19 mit zahlreichen weiteren Nachweisen). Richtig ist, dass es in Fällen der identifizierenden Berichterstattung die Rücksicht auf die Persönlichkeit des Betroffenen gebietet, mit besonderer Sorgfalt abzuwägen, ob dem Informationsinteresse auch ohne Namensnennung genügt werden kann. Das bedeutet aber nicht, dass eine identifizierende Berichterstattung stets bereits dann unzulässig ist, wenn die Berichterstattung auch ohne Namensnennung erfolgen kann. In diesem Sinne wäre - mit Ausnahme der Berichterstattung über ohne bereits im Lichte der Öffentlichkeit stehende Personen, wie etwa Prominente - nahezu jede identifizierende Berichterstattung unzulässig, wenn nur bei Verzicht auf die Nennung des Namens der handelnden Personen ein berichtenswerter Inhalt verbliebe (so KG, Urteil vom 5. November 2004, Az.: 9 U 162/04, zitiert nach juris Rn. 32). Dies würde sowohl die Pressefreiheit als auch das

Recht zur freien Meinungsäußerung von vornherein in unzulässiger Weise einschränken. Vielmehr ist in jedem Einzelfall zu fragen, ob über das berechnigte Interesse an dem den Gegenstand der Berichterstattung bildenden Geschehen hinaus - unter Berücksichtigung des Geheimhaltungsinteresses des Betroffenen - auch ein berechtigtes Interesse der Öffentlichkeit an der konkret handelnden Person besteht. Dies ist hier anzunehmen. Indem sich der Verfügungskläger in Interviews gegenüber dem Deutschlandfunk Kultur und der Tageszeitung „taz“ eindeutig gegen Schwangerschaftsabbrüche positioniert hat, hat er in die Öffentlichkeit hineingewirkt. Es besteht - über das öffentliche Interesse an der Debatte über das Werbeverbot aus § 219a StGB hinaus - ein gewichtiges Informationsinteresse der Allgemeinheit an der Person des sich Äußernden selbst, ohne dass damit lediglich die Neugier der Öffentlichkeit befriedigt wird. Die Offenlegung der Identität ist vorliegend Voraussetzung für einen fairen Meinungskampf, denn nur wer weiß, wer in der öffentlichen Debatte einen Angriff ausführt, kann diesen inhaltlich zutreffend einordnen und sich dagegen verteidigen. Mit Blick auf die Funktion der Presse, die Öffentlichkeit berührende Fragen zur Diskussion zu stellen und Aufklärung zu betreiben, ist die personalisierte Darstellungsweise im Streitfall zulässiges Mittel.

b. Entgegen der Ansicht der Berufung war mit der identifizierenden Berichterstattung auch keine unzumutbare Beeinträchtigung des Verfügungsklägers verbunden. Der Senat verkennt nicht, dass auch eine wahre Darstellung das Persönlichkeitsrecht des Betroffenen verletzen kann, wenn sie einen Persönlichkeitsschaden anzurichten droht, der außer Verhältnis zu dem Interesse an der Verbreitung der Wahrheit steht, so etwa dann, wenn eine Stigmatisierung, soziale Ausgrenzung oder Prangerwirkung zu besorgen sind. Davon kann im Streitfall nicht ausgegangen werden. Die Verfügungsbeklagte hat die in dem streitgegenständlichen Artikel aufgeworfene Frage, ob der Verfügungskläger für sich das Recht der Anonymität in Anspruch nehmen kann, ernsthaft und sachbezogen thematisiert und damit den Informationsanspruch der Öffentlichkeit erfüllt sowie zur öffentlichen Meinungsbildung beigetragen. Sie berichtet über zahlreiche Strafanzeigen und Interviewbeiträge des Verfügungsklägers und seinen Anspruch, dabei stets anonym bleiben zu dürfen. Der Leser erfährt, dass andere Teilnehmer der Debatte in Politik und Gesellschaft dem Verfügungskläger ein Recht auf Anonymität absprechen. Die Berichterstattung stellt sich nicht als Schmähkritik dar. Davon kann nur dann die Rede sein, wenn bei der Äußerung nicht mehr die Auseinandersetzung in der Sache, sondern die Diffamierung der Person im Vordergrund steht, die jenseits polemischer

oder überspitzter Kritik persönlich herabgesetzt und gleichsam an den Pranger gestellt werden soll (siehe dazu BVerfG, Beschluss vom 29. Juni 2016, Az.: 1 BvR 2646/15; Beschluss vom 8. Februar 2017, Az.: 1 BvR 2973/14; BGH, Urteil vom 28. Juni 1994, Az.: VI ZR 273/93 - jeweils zitiert nach juris). Das ist vorliegend angesichts des in der Berichterstattung klar herausgestellten Sachbezugs nicht der Fall.

Ohne Erfolg macht die Berufung geltend, dass eine „mediale Hetzjagd“ gegen den Verfügungskläger stattfinde. Unabhängig davon, dass der Verfügungsbeklagten das Verhalten Dritter nicht zurechenbar ist und der Name des Verfügungsklägers bereits vor Veröffentlichung des streitgegenständlichen Artikels bekannt war, hat der Verfügungskläger diese Folgen im Hinblick auf sein Vorverhalten hinzunehmen. Nachdem er sich eindeutig in der Debatte über das Werbeverbot aus § 219a StGB positioniert hat, musste er damit rechnen, dass sich die Presse damit kritisch auseinander setzt, wobei er keinen Anspruch darauf hat, in der Öffentlichkeit nur so dargestellt zu werden, wie er sich selbst sieht oder von anderen gesehen werden möchte (vgl. BGH, Urteil vom 15. November 2005, Az.: VI ZR 286/04, zitiert nach juris). Hinzu kommt, dass derjenige, der durch sein Tun bewirkt, dass andere gegen ihren Willen ins Licht der Öffentlichkeit gezogen worden sind, es gleichermaßen dulden muss, dass das von ihm selbst erregte Informationsinteresse der Öffentlichkeit auf den hierfür üblichen Wegen befriedigt wird. Dies war vorliegend geschehen. Der Verfügungskläger hat nicht nur in einer kontrovers geführten Debatte über das Werbeverbot aus § 219a StGB Position bezogen, sondern versucht seine Position auch mittels Strafanzeigen durchzusetzen. Er hat sich damit in den Brennpunkt der öffentlichen Diskussion gestellt. Dieses Tun ist geeignet, zahlreiche negative Kritiken auszulösen. Die hieraus nach Darstellung des Verfügungsklägers resultierenden Beeinträchtigungen treten im Vergleich zu dem dargestellten Interesse der Öffentlichkeit an einer identifizierenden Berichterstattung zurück, weil der Verfügungskläger für die behaupteten Beeinträchtigungen selbst durch sein dargestelltes Verhalten die Grundlage gelegt hat.

II.

Auf Grundlage dieser Erwägungen hat die Berufung des Verfügungsklägers nach einstimmiger Überzeugung des Senats offensichtlich keine Aussicht auf Erfolg. Die Sache hat auch keine grundsätzliche Bedeutung. Weder die Fortbildung des Rechts

noch die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung erfordern eine Entscheidung des Senats aufgrund mündlicher Verhandlung, die auch im Übrigen nicht geboten ist.

Aus Kostengründen stellt der Senat dem Verfügungskläger die Rücknahme der Berufung anheim. Durch eine Berufungsrücknahme würde gemäß KV Nr. 1222 für die Verfahrensgebühr im Berufungsverfahren nur der 2-fache statt des 4-fachen Satzes anfallen. Hinzu kommt eine weitere Ersparnis, wenn keine Terminsgebühren gemäß VV Nr. 3202 RVG anfallen.

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Oberlandesgericht Düsseldorf

